

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) 110-kV-Bahnstromleitung entlang der GKB-Trasse

GR. Mag. **Haßler** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Haßler**: Ich werde es versuchen, ganz kurz zu machen. Meine Frage bezieht sich auf die 110-kV-Bahnstromleitung zwischen Hauptbahnhof Graz und Werndorf. Es geht ja schon seit vielen Jahren. Nunmehr verdichten sich die Gerüchte, dass mit dem Bau bald begonnen wird, und es hat im Jahre 2007 einen dringlichen Gemeinderatsantrag gegeben von Hermann Candussi, der im Gemeinderat einstimmig angenommen wurde, worin damals beschlossen wurde, dass man auf jeden Fall dafür sorgen wird, dass kein Baubeginn ist, bevor der Verwaltungsgerichtshof entscheiden wird und zweitens, wenn der Bau stattfindet, dass dann die Tieferlegung in einer echten Erdverkabelung sein soll. Und daher meine Anfrage, ob dem Bürgermeister, seinen Ämtern Informationen über den Baubeginn vorliegen und ob er bereit ist, für die positive Erledigung dieser dringlichen Gemeinderatsanfrage zu sorgen. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich

Die Art und Weise der geplanten Verlegung der 110-kV-Leitung entlang der GKB-Trasse vom Grazer Hauptbahnhof bis nach Werndorf, die bei den AnrainerInnen seit mehreren Jahren berechnete Sorgen verursacht, hat auch den Grazer Gemeinderat bereits mehrfach beschäftigt. Die Starkstromleitung soll im Grazer Stadtgebiet zwar verkabelt, aber leider nur sehr oberflächennahe - in einem Betontrog - errichtet werden. Aufgrund der oberflächennahen Verlegung ist zu befürchten, dass die elektromagnetischen Felder gesundheitsbeeinträchtigende Wirkungen verursachen, insbesondere auch deshalb, weil die Trasse im Stadtgebiet durch dicht verbautes Gebiet verläuft und nicht nur Wohnobjekte, sondern vor allem auch die „Freizeitecken“ im Gartenbereich sowie ein Kindergarten davon betroffen sind.

Aus diesen Gründen habe ich in meiner damaligen Funktion als Bezirksvorsteher bei den öffentlichen Bauverhandlungen in den Jahren 2003 und 2006 umfangreiche

Einwendungen im Namen des Bezirksrates vorgebracht. Nachdem der Bezirksrat aber nur ein Hilfsorgan der Stadt ist, waren diese Einwendungen mehr oder weniger erfolglos. Hilfreich wäre es gewesen, wenn auch Sie in Ihrer Funktion als Bürgermeister massiver für die Anrainerinteressen eingetreten wären, wie dies bei den Umlandbürgermeistern sehr wohl der Fall war. Während die betroffenen BezirksvorsteherInnen und AnrainerInnen in Graz ziemlich alleine gelassen wurden, bekamen die AnrainerInnen in den Umlandgemeinden auf Initiative der Bürgermeister massive Unterstützung durch namhafte Anwälte.

Mit großem persönlichem Engagement einiger AnrainerInnen ist es aber auch in Graz letztendlich gelungen, eine sehr fundierte Einwendung beim VwGH gegen den Baubescheid einzubringen. Die Entscheidung darüber ist bisher ausständig. Trotzdem haben die Anrainer in den vergangenen Wochen Vermessungsarbeiten entlang der Bahnstrecke wahrgenommen, die darauf schließen lassen, dass der Baubeginn der 110-kV-Leitung unmittelbar bevorsteht.

Nach dem Motto „Besser spät als nie“ besteht nun für Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, doch noch die Chance, den AnrainerInnen zu zeigen, dass Sie ihre Sorgen ernst nehmen, indem Sie für die Umsetzung des am 15.11.2007 einstimmig beschlossenen dringlichen GR-Antrages von GR Hermann Candussi Sorge tragen und

1. sicherstellen, dass mit dem Baubeginn der 110-kV-Leitung jedenfalls zugewartet wird, bis ein Entscheid des VwGH über die von den betroffenen AnrainerInnen vorgebrachte Beschwerde vorliegt, sowie
2. falls der Bau der 110 kV-Leitung doch erfolgen sollte, in Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen (Infrastruktur Bau AG) durchsetzen, dass die Verlegung dann jedenfalls in entsprechender Tieflage und mit der notwendigen Abschirmung zu erfolgen hat, um eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen

Im Sinne meines Motivenberichtes stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Liegen Ihnen oder Ihren Ämtern Informationen über den Baubeginn der geplanten 110-kV-Bahnstromleitung entlang der GKB-Trasse vor und sind Sie bereit, für die positive Erledigung des am 15.11.2007 einstimmig beschlossenen dringlichen GR-Antrages von GR Hermann Candussi zu sorgen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Wartung und Reinigung der elektronischen GVB-Fahrplananzeigen

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Die erste Anfrage betrifft die Wartung und Reinigung der elektronischen GVB-Fahrplananzeigen. Da ist festzustellen, dass immer wieder welche stark verschmutzt, beschädigt oder defekt sind. Daher meine Anfrage an den Herrn Bürgermeister, werden Sie sich bei den zuständigen Stellen der GVB dafür einsetzen, dass die Reinigung und Wartung der elektronischen Fahrplananzeigetafeln verbessert wird?

Motivenbericht nur schriftlich:

Die elektronischen Fahrplananzeigentafeln der GVB sind ein Beitrag zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, können hier doch wichtige Informationen

von den Fahrgästen abgelesen werden. Insbesondere wird dabei angezeigt, in wie vielen Minuten die nächste Straßenbahn/der nächste Bus die Haltestelle anfährt.

Ärgerlich ist es aber, wenn diese Anzeigentafeln stark verschmutzt oder aufgrund technischer Defekte gar nicht in Betrieb sind.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Werden Sie sich bei den zuständigen Stellen der GVB dafür einsetzen, dass die Reinigung und Wartung der elektronischen Anzeigentafeln verbessert wird?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Steinfeldfriedhof

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Die zweite Anfrage betrifft die Anbindung des Steinfeldfriedhofes an die öffentlichen Verkehrsmittel. Sind Sie bereit, Herr Bürgermeister, in Gesprächen mit den Zuständigen der GVB und des Verkehrsamtes nach Möglichkeiten zu suchen, dass eine Busanbindung auch über die Alte Poststraße erfolgt, etwa über eine alternative Streckenführung der Linie 31 oder 33 ein- bis zweimal täglich?
Dankesehr.

Motivenbericht nur schriftlich:

Friedhöfe werden im Allgemeinen häufiger von alten Menschen besucht, die oftmals aus gesundheitlichen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Eine gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist daher besonders erstrebenswert.

Der Steinfeldfriedhof besteht seit 1787 und ist mit knapp 10.000 Grabstätten der drittgrößte Friedhof der Stadt Graz.

Die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist lediglich über die Buslinie 50 gegeben. Hier ist allerdings ein Fußweg bis zum Haupteingang des Friedhofs in Kauf zu nehmen, der v. a. für ältere und gehbehinderte Personen sehr beschwerlich ist.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, in Gesprächen mit den Zuständigen der GVB und des Verkehrsamtes nach Möglichkeiten zu suchen, dass eine Busanbindung auch über die Alte Poststraße erfolgt, etwa über eine alternative Streckenführung der Linie 31 oder 33 ein- bis zweimal täglich?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Chippflicht für Hunde – Unterstützung für Hundebesitzer mit geringem Einkommen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der ersten Anfrage wird der Herr Bürgermeister gebeten, mit Verantwortlichen im Veterinärbereich eine Möglichkeit zu suchen, um Grazer Hundebesitzern mit sehr geringem Einkommen beziehungsweise Pensionen bei der Umsetzung der Chippflicht einen günstigeren Tarif zu ermöglichen. Diese 60 Euro treffen natürlich manche in Graz auch ganz schön heftig.

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit 1. Jänner dieses Jahres sind alle Hundebesitzer verpflichtet, ihren vierbeinigen Lieblingen einen Mikrochip einsetzen zu lassen, da die eineinhalbjährige Übergangsfrist mit Jahreswechsel zu Ende ging. Eingesetzt durch den Tierarzt, ersetzt dieser Chip nun die Hundemarke. Die darauf befindlichen Daten können in einer zentralen Datenbank rasch die Adresse des Tierbesitzers klären, sollte sich das Tier verlaufen oder sollte es ausgesetzt werden. Lesegeräte für diesen Zweck haben Tierärzte, Tierschutzvereine und die Feuerwehr.

Das ist eine Einrichtung, die wahrscheinlich zum Schutze der Tiere gut funktioniert, aber so manchen Hundebesitzer zusätzlich belastet. Die Einsetzung und Registrierung des Chips kostet 60 Euro, ein Betrag, der für Menschen mit sehr niedrigem Einkommen oder für Mindestpensionisten und Mindestpensionistinnen nicht so leicht aufzubringen ist.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, mit Verantwortlichen im Veterinärbereich eine Möglichkeit zu suchen, um Grazer Hundebesitzern mit sehr geringem Einkommen bzw. Pensionen bei der Umsetzung der Chippflicht einen günstigeren Tarif zu ermöglichen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Attraktivierung der Umgebung des Schlosses Lustbühel

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Fabisch**: Bei der zweiten Anfrage an den Herrn Bürgermeister geht es darum, die Umgebung des Schlosses Lustbühel attraktiver zu gestalten. Hier haben wir es zu Beginn der Zufahrt mit einer Müllsammelstelle zu tun, die den ganzen Platz bei der Einfahrt verschandelt. Sinnvoller finden wir dort einen Behindertenparkplatz oder Behindertenparkplätze, um auch diesen Menschen dieses Ausflugsziel etwas zu erleichtern.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Umgebung des Schlosses Lustbühel ist ein gerne besuchter Erholungsort für viele BewohnerInnen unserer Stadt. Man kann dort in schöner Umgebung spazieren gehen oder die seltenen Haustiere der Schau Landwirtschaft bewundern. Im Winter steht den Kindern ein Rodelhang zur Verfügung, für Hunde gibt es eine eingezäunte Hundewiese zum Herumtollen und Spielen.

Viele Besucher stoßen sich hingegen an den meist überfüllten Müllcontainern und -ablagerungen am Beginn der Schlosszufahrt. Aufgrund seiner Lage in unmittelbarer Nähe zu einer Ausfallsstraße, nämlich der Waltendorfer Hauptstraße, nutzen einige schwarze Schafe den Platz nicht nur für die legale Entsorgung, sondern auch, um ausgediente Elektrogeräte und Sperrmüll auf bequeme Weise loszuwerden. Diesen Standort für den Müll der Umgebung gilt es zu überdenken. Stattdessen würden Behindertenparkplätze an dieser Stelle zur Attraktivierung dieses geschätzten Ausflugszieles beitragen.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich mit den verantwortlichen Stellen in Verbindung zu setzen, damit die Müllsammelstelle an der Zufahrt zum Schloss Lustbühel an einen sinnvolleren Ort verlegt und an dieser Stelle stattdessen Behindertenparkplätze errichtet werden?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Senkung der Parkgebühren im LKH-Parkhaus

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Fabisch**: Und die dritte Anfrage wäre, den Herrn Bürgermeister zu bitten, sich bei verantwortlichen Stellen dafür einzusetzen, dass die Parkgebühren beim LKH gesenkt werden beziehungsweise dass die Verrechnung nach der ersten Stunde nicht mehr stündlich erfolgt, sondern im Halbstundentakt. Dankeschön.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Gebühren im LKH-Parkhaus betragen pro Stunde 2,20 Euro. Wird die volle Stunde auch nur geringfügig überschritten, zahlt man bereits den Zwei-Stunden-Tarif von 4,10 Euro. Betreiber des Parkhauses mit über 1600 Parkplätzen ist das Klinikum. Vor allem für Angehörige, die ihren Lieben während der schweren Zeit der Krankheit beistehen und sie so oft wie möglich besuchen wollen, aber auch für Kranke, die das LKH ambulant aufsuchen, ergeben sich daraus große finanzielle Belastungen. Hier sollte eine Lösung im Interesse der Betroffenen gefunden werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich bei den verantwortlichen Stellen dafür einzusetzen, dass die Parkgebühren beim LKH im Interesse der Patienten und Angehörigen gesenkt werden sowie dafür, dass die Abrechnung der Parkgebühren nach der ersten Stunde im Halbstundentakt erfolgt?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Beratungscontainer für Polizei

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Frau Vizebürgermeister! Meine drei Anfragen richten sich an den Herrn Bürgermeister und zwar ich lasse also jetzt den ganzen Begleittext weg. Es geht nur um die Anfrage. Beim einen geht es um Beratungscontainer für die Polizei, in Wien wurde dieses Modell sehr erfolgreich getestet, und die Anfrage an den Bürgermeister: Sehr geehrte Herr Bürgermeister, Anfrage, ob du bereit bist, mit der Frau Innenminister Kontakt aufzunehmen, um dieses Modell, eben die Beratungscontainer für Polizei, auch für die Polizeidienststellen in der Landeshauptstadt Graz zu übernehmen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Vor wenigen Tagen wurde in der Bundeshauptstadt Wien ein neuer Beratungscontainer der Kripo Wien in Betrieb genommen. In diesem Container bietet der kriminalpolizeiliche Beratungsdienst Informationen zur Vorbeugung von

Einbrüchen an. Speziell geschulte Beamte sind in der Zeit von 9:00 bis 19:00 Uhr erreichbar.

Das Besondere daran ist der Umstand, dass der Container durch alle Bezirke wandern wird.

Dies ist ein viel versprechender Anlauf, die ausufernde Eigentumskriminalität in den Griff zu bekommen.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, mit der Frau Innenminister Kontakt aufzunehmen, um dieses Modell auch für die Polizeidienststellen in der Landeshauptstadt Graz zu übernehmen.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Volksschule Graz – Ries; Nachnutzung

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Die zweite Anfrage richtet sich ebenfalls an den Bürgermeister, es geht um ein altes Projekt, altes Lieblingsprojekt, kann man fast sagen schon, von mir, um die Volksschule Ries. Leider, wie wir alle wissen, wurde ja die Volksschule Ries gesperrt. Für mich, der im Bezirk Ries wohnt und öfter dort vorbeifährt ist nicht erkenntlich, was jetzt mit dieser Volksschule Ries eigentlich passieren sollte und das Gleiche, auch immer wieder gibt es auch Anfragen der Bezirksbevölkerung, deshalb die Anfrage an den Bürgermeister. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage an dich, ob du bereit bist, dich bei den zuständigen Stellen der GBG für eine alsbaldige

Nachnutzung des ehemaligen Schulgebäudes einzusetzen, um so eine Verbesserung der Lebensqualität im Bezirk Ries zu erwirken.

Motivenbericht nur schriftlich:

Gegen den Willen der Bürger von Graz Ries wurde die beliebte Volksschule Graz-Ries geschlossen.

Eine Nachnutzung des ehemaligen Schulgebäudes ist derzeit leider nicht erkennbar. Das vorhandene Gebäude hinterlässt leider einen desolaten Eindruck.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dich bei den zuständigen Stellen der GBG für eine alsbaldige Nachnutzung des ehemaligen Schulgebäudes einzusetzen, um so eine Verbesserung der Lebensqualität im Bezirk Ries zu bewirken.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) System Syntegration vom Malik Management Zentrum St. Gallen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Die dritte Anfrage, hier handelt es sich um ein System der Bürgerbeteiligung beziehungsweise die Möglichkeit, Bürger mit der Stadtverwaltung

zu vernetzen. Das hat die Stadt St. Veit an der Glan hat dieses Modell getestet und deshalb an den Bürgermeister von mir, also vom FPÖ-Klub ,die Anfrage; ob du bereit bist, mit den zuständigen Stellen der Stadt St. Veit a. d. Glan Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, den Gemeinderäten der Stadt Graz dieses Modell vorzustellen, und die Möglichkeit einer Übertragung auf Graz zu prüfen (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Bezirkshauptstadt St. Veit an der Glan hat unter Führung des Managementzentrums St. Gallen mit Fredmund Malik das System Syntegration als erste österreichische Stadt eingeführt.

Malik vom MZStG beschreibt den Begriff Syntegration mit kurzen Worten.

„Es geht heute darum, mit wenig Geld auszukommen, Wissen zu vernetzen und den Kommunikationsfluss zu optimieren. Die Schlüsselfrage lautet: Was müssen wir tun, um die Attraktivität unserer Stadt auch in den nächsten fünf Jahren sicherzustellen.“

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage

ob du bereit bist, mit den zuständigen Stellen der Stadt St. Veit a. d. Glan Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, den Gemeinderäten der Stadt Graz dieses Modell vorzustellen und die Möglichkeit einer Übertragung auf Graz zu prüfen.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Gesamtkosten der Inserate der Stadt Graz im Jahr 2009

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Beschränke mich auf den Antragstext. Wir bringen eine Anfrage der Gemeinderäte Grosz, Mariacher, Schröck ein betreffend die Gesamtkosten der Inserate der Stadt Graz im Jahr 2009. Soll ich die einzelnen Anfragen auch ausführen? Gut, aber er gilt somit als eingebracht.

Motivenbericht nur schriftlich:

Angesicht des horrenden Schuldenstandes der Stadt Graz sind Selbstbeweihräucherungen mittels PR-Inseraten der Stadt vollkommen unangebracht und entsprechen auch nicht den Grundsätzen der Sparsamkeit.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

A n f r a g e :

1. Welche Informationsaktivitäten in Printmedien und audiovisuellen Medien wurden von der Stadt Graz, Ihnen, den Mitgliedern der Stadtregierung und sämtlichen Dienststellen in der Zeit zwischen 1.1.2009 bis einschließlich 31.2.2009 aufgegliedert nach Medium, Informationszweck, Informationsart, Kosten (inklusive Steuern und Abgaben), Rechtsgrundlage und amtsinternen Auftraggeber gesetzt?
2. Welche Druckkostenbeiträge haben Sie, die Mitglieder der Stadtregierung und die Dienststellen der Stadt Graz in der Zeit zwischen 1.1.2009 bis 31.12.2009 aufgegliedert nach Medium, Zweck, Art, Rechtsgrundlage, Kosten (inklusive Steuern und Abgaben) und amtsinternen Auftraggeber gesetzt?
3. Wer, welche Mitarbeiter, welche Dienststelle waren innerhalb der Stadt Graz im Jahr 2009 für die Anordnung, Bestellung und Abwicklung von Informationsaktivitäten in Printmedien und audiovisuellen Medien,

Druckkostenbeiträge und die Erstellung von allfälligen Inseratensujets, PR-Texten verantwortlich?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Aufwendungen für die Büros des Bürgermeisters, der Bürgermeisterstellvertreterin, der Stadträte und Stadträtinnen

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Eine weitere Anfrage der Gemeinderäte Gerald Grosz, Mariacher und Schröck betreffend die Aufwendungen für die Büros des Bürgermeisters, der Bürgermeisterstellvertreterin, der Stadträte und Stadträtinnen gilt als eingebracht.

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren sind die Kosten für die Büros der Stadtregierungsmitglieder teilweise beträchtlich gestiegen - vor allem als Folge von personellen Aufstockungen, höheren Gehältern etc.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

A n f r a g e :

1. Wie viele Personen wurden zum Stand 1.1.2010 in den Büros der Stadtsenatsmitglieder – aufgelistet nach den jeweiligen Stadtregierungsmitgliedern – beschäftigt?

2. Welche Personen, geordnet nach Namen, wurden seit 1.1.2009 (unter Anführung des Datums des Beschäftigungsbeginns sowie eines etwaigen Beschäftigungsendes) in den Büros der Stadtsenatsmitglieder beschäftigt und auf welcher Grundlage (Beamten dienstgesetz, Vertragsbedienstetengesetz, Sondervertrag, Angestelltengesetz oder Arbeitsüberlassungsgesetz) basierte jeweils dieses Dienstverhältnis?
3. Wie hoch sind die Gesamtkosten (inkl. Überstunden und sonstiger Entgeltbestandteile), die aus der Beschäftigung aller MitarbeiterInnen der Stadtregierungsbüros im Jahr 2008 und 2009 (jährlich aufgeschlüsselt) entstanden sind?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

12) Reisekosten für die Mitglieder der Stadtregierung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungsbüros im Jahr 2009

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Wir bringen eine weitere Anfrage ein betreffend die Reisekosten für Mitglieder der Stadtregierung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungsbüros im Jahr 2009. Somit sind die Anfragen eingebracht, aber ich darf jetzt schon auf etwas hinweisen bei dieser Einbringung dieser Anfragen. Das Statut und die Geschäftsordnung der Stadt Graz sieht eine Frist vor, in der der Bürgermeister diese auch schriftlich zu beantworten hat und wir führen uns alle hier ad absurdum, wenn wir die Rechte der Gemeinderäte beschneiden, da es immer öfter vorkommt, dass eine Anfragebeantwortung durch das Bürgermeisterbüro ein halbes/dreiviertel Jahr auf sich warten lässt. Heute einmal mehr, eine Anfrage vom Kollegen Schröck, der einmal mehr hier diesen Geschäftsordnungsweg wählen muss, um eine Antwort einzufordern, die bereits vor einem halben/dreiviertel Jahr

eigentlich kommen hätte sollen (*Applaus BZÖ*) und es ist ein Recht der Gemeinderäte, nicht nur im Statut und der Geschäftsordnung verbrieft, sondern auch in der steirischen Gemeindeordnung, dass wir auf diese Anfragen auch die Antworten bekommen. Wir setzen diesen Anfragen Fristen durch die Geschäftsordnung, wir nehmen sie in die Evidenz und ich darf dem Bürgermeisteramt meine besten Grüße ausrichten. An dem Tag, wo die Frist verstrichen ist bei diesen Anfragen, weil wir wollen das jetzt wirklich sehr genau nehmen, machen wir jedes Mal eine Aufsichtsbeschwerde an die Gemeindeabteilung beim Amt der Steirischen Landesregierung und ich glaube, dass das auch wichtig ist, einmal haben wir es machen müssen, dann kam die Anfrage sofort daher, aber wenn die Stadt Graz nicht einmal oder der Bürgermeister der Stadt Graz nicht einmal die einfachsten Spielregeln die in der Gemeindeordnung vorgesehen sind, einhält, dann werden wir in Zukunft diesen Weg gehen. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

1. Welche Auslandsdienstreisen haben Sie beziehungsweise die Mitglieder der Grazer Stadtregierung vom 1.1.2009 bis zum 31.12.2009 absolviert und wie viele Tage nahmen diese in Anspruch?
2. Welchen Zweck haben diese unter Frage 1 genannten Auslandsdienstreisen erfüllt?
3. Wie viele Mitglieder Ihres Büros/der Büros der Stadtregierungsmitglieder haben an diesen unter Punkt 1 genannten Reisen jeweils teilgenommen?
4. Welche Gesamtkosten (inklusive Reisemittel, Verpflegungs- und Übernachtungskosten, verrechneten Reisespesen und Reisediäten) sind der Stadt Graz durch diese unter Frage 1 genannten Auslandsaufenthalte entstanden?
5. Welche Inlandsdienstreisen haben Sie beziehungsweise die Mitglieder der Grazer Stadtregierung vom 1.1.2009 bis zum 31.12.2009 absolviert und wie viele Tage nahmen diese in Anspruch?
6. Welchen Zweck haben diese unter Frage 5 genannten Inlandsdienstreisen erfüllt?

7. Wie viele Mitglieder Ihres Büros/der Büros der Stadtregierungsmitglieder haben an diesen unter Punkt 5 genannten Reisen jeweils teilgenommen?
8. Welche Gesamtkosten (inklusive Reisemittel, Verpflegungs- und Übernachtungskosten, verrechneten Reisespesen und Reisediäten) sind der Stadt Graz durch diese unter Frage 5 genannten Inlandsaufenthalte entstanden?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 17.50 Uhr den Vorsitz.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Wir kommen damit zu den Anträgen. Zunächst Antrag von Gemeinderat Mayr, Ausbau der Bezirksinformationen in den magistratseigenen Medien. Darf ich vorweg nochmals wiederholen, wenn ich richtig informiert bin, wird von den Anträgen ausschließlich der Antragstext vorgelesen. Es wird zwei Ausnahmen geben und zwar gibt es zwei Anträge, einer von der Gemeinderätin Waltraud Haas-Wippel und einer vom Georg Topf bezüglich einer Umfeldverbesserung der Neuen Mittelschule in St. Andrä. Dazu erwarten wir auch noch heute die Schülerinnen und Schüler dieser Neuen Mittelschule und sie möchten gerne zuhören und selber miterleben, wie das demokratische Prozedere bei einem derartigen Antrag ist, das heißt, diese beiden Anträge werden dann mit vollem Text vorgetragen und wenn Sie einverstanden sind, dann würde ich auch unterbrechen, wenn die Schülerinnen und Schüler kommen und diese beiden Anträge dann außerhalb der Reihe zur Bearbeitung vorlegen.